

NIEDERSCHRIFT

der 15. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Schule, Soziales, Jugend und Sport am 07.12.2021

Teilnehmer:	siehe Anwesenheitsliste	Beginn:	17:00 Uhr
Ort:	Kulturhaus, Merseburger Straße 14, Weißenfels	Ende:	19:00 Uhr

Bestätigte Tagesordnung

- | | | |
|--------|--|----------|
| TOP 1 | Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit | |
| TOP 2 | Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung | |
| TOP 3 | Einwohnerfragestunde | |
| TOP 4 | Abstimmung über die Niederschrift der letzten Sitzung | |
| TOP 5 | Informationen über Drogenprävention | |
| TOP 6 | Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2022 ff. | 191/2021 |
| TOP 7 | Information zur 7. Bevölkerungsprognose | |
| TOP 8 | Stellungnahme Schulentwicklungsplan BLK bis 2026/27 | 193/2021 |
| TOP 9 | Mündliche Informationen zur interkommunalen Zusammenarbeit Burgenlandkreis und Stadt zum Thema Migration | |
| TOP 10 | Beantwortung von Anfragen | |
| TOP 11 | Mitteilungen und Anfragen | |

Nichtöffentlicher Teil

- | | |
|-------|---------------------------|
| TOP 1 | Mitteilungen und Anfragen |
| TOP 2 | Schließung der Sitzung |

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit

Der stellvertretende Vorsitzende Herr Drewitz eröffnet die Sitzung. Die Ladung erfolgte ordnungsgemäß. Es sind 9 Stadträte und 2 sachkundige Einwohner anwesend. Damit ist der Ausschuss für Jugend, Soziales, Schule und Sport beschlussfähig.

2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt. Damit ist die Tagesordnung angenommen.

3. Einwohnerfragestunde

Es sind keine Einwohner anwesend.

4. Abstimmung über die Niederschrift der letzten Sitzung

Die Niederschrift der Sitzung vom 19.10.2021 wird von den Stadträten mit 2 Enthaltungen und von den sachkundigen Einwohnern einstimmig bestätigt.

5. Informationen über Drogenprävention

Der zum Thema Suchtprävention eingeladenene Vertreter vom Amt für Bildung, Kultur und Sport/Bildungsbüro des Burgenlandkreises ist nicht erschienen. Somit wird der Tagesordnungspunkt 5 geschlossen.

6. Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2022 ff.

Herr Trauer trägt zu den vielfältigen Herausforderungen hinsichtlich Raumbedarf, Ausstattung und Fachkräftegewinnung im Bereich Kita/Schulen vor. Die dazu verwendete Übersicht wird der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Der Zuschussbedarf im Bereich Kindertagesstätten erhöht sich auf 166.900 Euro. Darin enthalten sind laufende Kosten, die tarifliche Entwicklung und die technische Ausstattung.

Die tarifliche Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit von 40 auf 39,5 Wochenarbeitsstunden zieht die notwendige Anpassung der Betreuungszeit nach sich.

Es ist keine Anpassung der Kostenbeiträge geplant. Die letzte Erhöhung war im Jahr 2015.

Für die Kindertagesstätten der Kernstadt und der Ortschaften sind Maßnahmen zur Gebäudeunterhaltung sowie investive Maßnahmen für Sanierung und Neubau geplant.

Herr Papke bittet um eine Aufstellung zu jeder Einrichtung Kita/Schulen hinsichtlich Baujahr und bisheriger investiver Entwicklung.

Herr Risch informiert darüber, dass im November auf Initiative der Feuerwehren mit Vertretern der Verwaltung und einigen Stadträten eine Beratung stattgefunden hat. Hier haben Vertreter der örtlichen Feuerwehren den aktuellen Zustand ihrer Gerätehäuser, Fahrzeuge und personellen Besetzung beschrieben.

Die vom Burgenlandkreis bekanntgegebene Senkung der Kreisumlage macht für die Stadt Weißenfels ca. 124.000 Euro aus. Herr Risch teilt mit, dass diese Summe umgehend in den Haushalt 2022 im Bereich Unterhaltungsmaßnahmen Feuerwehren eingestellt wird. Die kommunalrechtliche Prüfung hierzu bleibt abzuwarten.

Eine Prioritätenliste zur Verwendung der finanziellen Mittel in den Feuerwehren zur Beseitigung der baulichen Mängel wird dem Hauptausschuss Ende Januar 2022 vorgelegt.

Herr Trauer führt aus, dass die Feuerwehren in der Haushaltsplanung 2022 mit dem Erwerb von Fahrzeugen und der Beseitigung baulicher Mängel in Langendorf und Reichardtswerben veranlagt sind. Die Beschaffung von Einsatzschutzbekleidung wird fortgesetzt.

Zu den von Herrn Papke erbetenen Informationen zum Fortbestand des Neustadtbüros verweist Herr Risch auf die unter TOP 8 vorgesehenen Mitteilungen von Frau Henze zur interkommunalen Zusammenarbeit.

Kürzlich fand ein Treffen des Ministerpräsidenten Herrn Haseloff mit Vertretern der Verwaltung zum Thema Migration und interkommunaler Zusammenarbeit statt. Bei dem folgenden Rundgang durch die Weißenfelder Neustadt wurden Herrn Haseloff die Problemstellungen im Quartier Neustadt aufgezeigt und die bisherigen Lösungsansätze erläutert. Er äußerte seine Erwartung dahingehend, dass die hohe Verantwortung nicht dem Aufgabengebiet der Gleichstellungsbeauftragten zugeschlagen werden kann, sondern deren Position sich durch Gestaltung einer Ämterstruktur verändern muss. Nur so können die weitreichenden Aufgaben organisiert, durchgeführt und kontrolliert werden.

Die dem Ministerpräsidenten übergebenen Informationen werden der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Herr Risch nimmt Bezug auf die Diskussion um die Arbeitsgemeinschaften und deren nichtöffentlichen Status. Die Ausschussmitglieder sollen zukünftig die Informationen aus der AG Neustadt umgehend erhalten. Die Diskussion zu Änderungen der Hauptsatzung beinhaltet auch Überlegungen, die Themen der Arbeitsgemeinschaften den Ausschüssen zuzuordnen und so die öffentliche Debatte zu führen.

Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für Schule, Soziales, Jugend und Sport empfiehlt dem Stadtrat der Stadt Weißenfels, die vorliegende Haushaltssatzung 2022 mit Haushaltsplan zu beschließen.

Abstimmung:

Stadträte:	dafür: 5	dagegen: 0	Enthaltung: 4
Sachkundige Einwohner:	dafür: 1	dagegen: 0	Enthaltung: 1

7. Information zur 7. Bevölkerungsprognose

Herr Trauer informiert über die aktuelle Bevölkerungsprognose, welche auf dem Jahr 2019 beruht und einen Ausblick bis zum Jahr 2035 gibt. Sie bildet die Grundlage für die Schülerentwicklungszahlen.

Die Entwicklung der Gesamteinwohnerzahl und die Entwicklung der Anzahl Kinder führen zu einer langfristig möglichen Sicherung der Kita- und Grundschulauslastung.

8. Stellungnahme Schulentwicklungsplan BLK bis 2026/27

Herr Trauer erläutert den Schulentwicklungsplan bis 2026/2027. Die Schulstandorte sind bestandsfähig dargestellt.

In Leißling befindet sich ein gemeinsamer Grundschulstandort mit Teuchern und somit auch Schülern aus Gröbitz und Prittitz. Die Schülerzahlen waren bisher Grundlage für Investitionen in den Schulstandort. Die von Teuchern geplante Wiederöffnung der Grundschule Plotha würde durch sinkende Schülerzahlen den Schulstandort Leißling gefährden. Dem könnte durch die Einführung eines festen Grundschulbezirkes bis in die Kernstadt hinein entgegengewirkt werden. Dabei ist möglicherweise mit Widerstand von Eltern zu rechnen, deren Kinder fußläufig eine Schule erreichen könnten, aber durch den festgelegten Grundschulbezirk nach Leißling müssten. Hier wäre auch zusätzlich der Schülertransport zu organisieren.

Damit begründet Herr Trauer die Empfehlung der Verwaltung an den Ausschuss und den Stadtrat, kein Einvernehmen für eine Änderung des Einzugsbereiches der Grundschule Leißling gegenüber dem für die Schulentwicklungsplanung verantwortlichen Burgenlandkreis zu erteilen.

Beim Grundschulstandort Uichteritz gab es bisher die Zusage der Verbandsgemeinde Un-

struttal, dass bis zum Jahr 2025 Schüler aus Goseck und Markröhlitz die Schule besuchen würden. Seitens der Verbandsgemeinde Unstruttal besteht der Wunsch, bis zum Jahr 2030 ausgeweitet werden.

In Anbetracht der aktuellen Baumaßnahmen am Schulstandort ist es zwingend erforderlich, einen größeren Zeitrahmen zu vereinbaren. Seitens der Stadt wird vorgeschlagen, an die Verbandsgemeinde den Vorschlag heranzutragen, die Vereinbarung bis mindestens 2040 zu verlängern.

Herr Papke stellt klar, dass Schulen die Dörfer beleben und alle Möglichkeiten zum Erhalt von Schulstandorten zu ergreifen sind. Er spricht sich dafür aus, den von der Verwaltung vorgeschlagenen Empfehlungen zu folgen.

Frau Ramona Spiegelberg begrüßt die Bemühungen um den Erhalt der Schulstandorte.

Nach ihrer Meinung sollte aber auch Ziel sein, dass Kinder ihre Schulen fußläufig erreichen können. Dem spricht eine Festlegung von Grundschulbezirken entgegen.

Frau Ramona Spiegelberg sieht es als nicht zielführend an, die Sicherung der Schulstandorte einzig von der nicht ausreichend fundierten Prognose abhängig zu machen.

Herr Riemer weist darauf hin, dass der Kreistag im März 2022 die Schulentwicklungsplanung 2026/2027 unter Bezugnahme auf die Äußerungen der betroffenen Städte beschließen wird. Er spricht sich für die von der Verwaltung verfasste Empfehlung an den Stadtrat aus.

Gerade für die Schule in Uichteritz ist Klarheit notwendig, um die Investitionen fundiert zu planen. Die neue Schule kann dann auch eine Sogwirkung erzielen, so dass Schüler aus weiter entfernten Ortschaften über das Jahr 2040 hinaus diese Schule besuchen werden.

Frau Föhre dankt dem Fachbereich II für die gute und verständliche Aufarbeitung des umfangreichen Zahlenwerks um die Schulentwicklung. Auf Grundlage der aktuellen Prognose lässt es sich positiv in die Zukunft der Schullandschaft blicken.

Herr Risch betont die Notwendigkeit einer raschen Positionierung der Verbandsgemeinde Unstruttal zum Schulstandort Uichteritz. Wenn der Schulbau zu groß dimensioniert ist, steigen die Nebenkosten und die Kosten für die Unterhaltung der Schule. Wenn die Schule zu klein dimensioniert ist, führt dies zu notwendigen Übergangslösungen.

Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für Schule, Soziales, Jugend und Sport empfiehlt dem Stadtrat der Stadt Weißenfels:

Der Stadtrat der Stadt Weißenfels beschließt:

- 1.) Für eine Änderung des Einzugsbereiches der GS Leißling und somit für den Grundschulstandort Plotha kein Einvernehmen zu erteilen
- 2.) Der Verbandsgemeinde Unstruttal eine Vereinbarung für einen gemeinsamen Grundschulstandort mit einer Mindestlaufzeit bis zum Jahr 2040 anzubieten, anderenfalls das Auslaufen der Beschulung der Kinder aus Goseck und Markröhlitz mit Ende Schuljahr 2024/25 beizubehalten
- 3.) für die übrigen Planungen der Schulstandorte in der Stadt das Einvernehmen zu erteilen.

Abstimmung:

Stadträte	dafür: 9	dagegen: 0	Enthaltung: 0
Sachkundige Einwohner:	dafür: 1	dagegen: 0	Enthaltung: 1

9. Mündliche Informationen zur interkommunalen Zusammenarbeit Burgenlandkreis und Stadt zum Thema Migration

(Frau Pfauter und Herr Papke ab jetzt abwesend – 7 Stadträte)

Herr Risch führt in die Thematik ein und beschreibt die Notwendigkeit der aktuellen Situationsanalyse in der Neustadt als Grundlage für weiterführende Maßnahmen zur Stabilisierung und Aufwertung des Gebiets.

Frau Henze berichtet von der gemeinsam mit Vertretern des Burgenlandkreises durchgeführten Lernreise nach Rheda-Wiedenbrück.

Dort erfolgen in einer Clearingstelle im persönlichen Gespräch mit ankommenden EU-Bürgern die Abfrage von Basisdaten sowie die Bedarfsermittlung für Wohnraum.

In Auswertung der Lernreise zeigen sich die Verantwortlichen in den bisher eigenen Handlungsansätzen bestätigt. Die Auswertung der Lernreise, der Transfer von Erfahrungen und die Aufstellung von Arbeitskreisen sind die nächsten Aufgaben.

Das Neustadtbüro als Ankerpunkt für Hilfesuchende bildet einen wichtigen Kern der künftigen Aufgabenerfüllung im Quartier Neustadt.

Die Ergebnisse der Arbeitskreise werden im Gespräch mit dem Landrat und dem Oberbürgermeister im ersten Quartal 2022 ausgewertet und im Hauptausschuss vorgestellt.

Herr Risch lobt die intensive und zielorientierte Zusammenarbeit mit Polizei und Zoll bei der Bewältigung der ordnungsrechtlichen Herausforderungen.

Dem Ministerpräsidenten des Landes Sachsen-Anhalt, Herrn Haseloff, wurde bei seinem Besuch in der Stadt ein Schreiben übergeben, in welchem die Ziele, Maßnahmen und Unterstützungsbedarfe näher bezeichnet sind. Die Stadt steht vor großstädtischen Herausforderungen im ländlichen Raum. Die bisherigen Versuche der Integration von Geflüchteten müssen auf die personell höherbezahlten EU-Arbeitsmigranten ausgeweitet werden. Dazu bedarf es jeder möglichen Unterstützung seitens der Landespolitik und seitens des Landkreises.

Herr Risch vertritt erneut den Standpunkt, dass die im nichtöffentlichen Status tätigen Arbeitsgemeinschaften ihre Diskussionen öffentlich führen und thematisch den bestehenden Ausschüssen zugeordnet werden sollten. Die Themen der AG Stadtteilarbeit wären nach seiner Meinung im Sozialausschuss zu beraten.

10. Beantwortung von Anfragen

Es liegen keine schriftlichen Beantwortungen von Anfragen vor.

11. Mitteilungen und Anfragen

(Frau Scheunpflug ab jetzt abwesend – 6 Stadträte)

Herr Trauer informiert über die angespannte Personalsituation in den Kindertagesstätten, was in einigen Einrichtungen zum Übergang in die Notbetreuung geführt hat.

Von Frau Henze erfolgt eine Zusammenfassung der an den Ministerpräsidenten gerichteten Unterstützungsbedarfe für notwendige Maßnahmen in der Neustadt. Das Schreiben ist als Anlage beigelegt.

Herr Risch sieht es als wichtig an, dass die Initiative aus der Stadt selbst kommt, hier Veränderungen zu schaffen. Eine Clearingstelle mit persönlicher Vorsprache führt zu Erkenntnissen, wie viele Menschen und in welcher Familienstruktur diese in die Stadt kommen. Dies ist ein wichtiger Grundstein für die weiteren Maßnahmen.

Frau Spiegelberg weist darauf hin, dass für derart große Aufgaben das Land und der Landkreis mit in der Pflicht sind, die notwendigen Maßnahmen zu finanzieren.

Herr Risch führt aus, dass der Großteil der Finanzierung beim Land Sachsen-Anhalt und beim Burgenlandkreis liegt. In jedem Fall führen die aufgewendeten Kosten und Bemühungen zu einem Mehrwert für die Stadt.

2. Schließung der Sitzung

Der stellvertretende Vorsitzende schließt die Sitzung.

Johannes Drewitz
Stellv. Vorsitzender

Heike Bechmann
Protokollführerin